

Das *Net Zero*-Desaster in UK und der Betrug mit Windenergie

geschrieben von Chris Frey | 28. Dezember 2023

[Rupert Darwall](#)

„Hier geht es nicht um komplizierte Fragen der Kryptowährung“, [erklärte](#) der stellvertretende US-Staatsanwalt Nicolas Roos im Prozess gegen Sam Bankman-Fried, nachdem er den Angeklagten beschuldigt hatte, FTX auf einer „Pyramide des Betrugs“ aufzubauen. Ähnliches lässt sich über die Grundlagen des britischen Netto-Null-Experiments sagen. Energie ist kompliziert, und Elektrizität ist für die moderne Gesellschaft und unsere Lebensqualität unverzichtbar, aber wie bei FTX ist die zugrundeliegende Geschichte einfach: Windenergie und Net Zero sind auf einer Pyramide der Täuschung aufgebaut.

Net Zero wurde dem Parlament und der britischen Bevölkerung mit der Behauptung verkauft, die Kosten für Windenergie seien niedrig und würden sinken. Das war falsch: Die Kosten der Windenergie sind hoch und steigen weiter. In der Netto-Null-Version von „Krypto wird dich reich machen“ stützen sich die offiziellen Analysen des Finanzministeriums und des Office for Budget Responsibility auf die Unwahrheit, dass Windenergie billig ist, dass Netto-Null minimale Kosten verursachen würde und dass sie die Produktivität und das Wirtschaftswachstum steigern könnte. Nichts davon hat irgendeine Grundlage in der Realität.

Der Vorstoß in Richtung Netto-Null-Emissionen begann 2019, als der britische Ausschuss für Klimawandel einen Bericht vorlegte, in welchem die Regierung aufgefordert wurde, diese Politik einzuführen. Begründet wurde dies unter anderem mit der historischen Klimaschuld. In den [Worten](#) des Ausschussvorsitzenden Lord Deben war Großbritannien „einer der größten historischen Verursacher des Klimawandels“. Die wichtigste wirtschaftliche Rechtfertigung für die Erhöhung des britischen Dekarbonisierungsgrades von 80 % auf 100 % bis 2050 – d. h. Netto-Null – war jedoch die „schnelle Kostensenkung bei der Masseneinführung von Schlüsseltechnologien“, insbesondere bei der Offshore-Windkraft. Diese illusorischen Kostensenkungen, so behauptete der Ausschuss, „haben strengere Emissionsreduktionsziele zu den gleichen Kosten wie frühere niedrigere Ziele realisierbar gemacht“. Das war grünes Schlangengöl.

Während der anschließenden 88-minütigen [Debatte](#) im Unterhaus zur Verabschiedung des Netto-Null-Ziels behauptete der Minister für saubere Energie Chris Skidmore, dass die Kosten des Netto-Null-Ziels dieselben seien wie die des vorherigen 80-Prozent-Ziels, welches das Parlament im Jahr 2008 verabschiedet hatte. Als ein Abgeordneter der Labour-Partei das Fehlen einer Folgenabschätzung beanstandete, täuschte Skidmore das Parlament, indem er sagte, es habe keine Folgenabschätzung für die

Anhebung des ursprünglichen 60-Prozent-Ziels auf 80 Prozent gegeben.

Die [Folgenabschätzung](#), die es laut Skidmore nicht gibt, gab eine Spanne von 324 bis 404 Milliarden Pfund an, wenn das Ziel auf 80 Prozent angehoben wird – eine Schätzung, die die Übergangskosten ausschließt – und warnte davor, dass die Kosten diese Spanne übersteigen könnten. Im Gegensatz zu den heutigen politischen Verlautbarungen wurde in der Bewertung ehrlich über die Folgen des britischen Handelns gesprochen, wenn der Rest der Welt nicht handelt. „Die wirtschaftlichen Argumente für einen Alleingang Großbritanniens in Fällen, in denen globale Maßnahmen nicht erreicht werden können, wären schwach“, warnte der Bericht.

Das Klimaschutzgesetz wurde verabschiedet, um die Führungsrolle Großbritanniens im Klimaschutz zu demonstrieren und den Rest der Welt zu inspirieren, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen. Wie hat sich das bewährt? In den 11 Jahren zwischen der Verabschiedung des Gesetzes und der Einführung von Netto-Null-Emissionen im Jahr 2019 sind die [Emissionen](#) fossiler Brennstoffe in Großbritannien um 180 Millionen Tonnen gesunken – eine Reduzierung um 33 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Emissionen der übrigen Welt um 5177 Millionen Tonnen, was einem Anstieg von 16 % entspricht. Anders ausgedrückt: 11 Jahre britischer Emissionsreduzierung wurden in rund 140 Tagen durch den Anstieg der Emissionen aus dem Rest der Welt zunichte gemacht.

Jemand, der behauptet, ein Anführer zu sein, aber keine Anhänger hat, wird normalerweise als Narr betrachtet. Beim Klima ist das anders. Politiker prahlen mit ihren grünen Tugenden – Skidmore wird das Unterhaus verlassen und Netto-Null-Studien an der Kennedy School in Harvard [lehren](#) – während die Wähler mit höheren Energierechnungen abgespeist werden. Eine Analyse der behördlichen [Unterlagen](#) der sechs größten britischen Energieunternehmen zeigt, dass die Brennstoffkosten für Gas- und Kohlekraftwerke zwischen 2009 und 2020 gleich geblieben sind. Dennoch stieg der von den Haushalten zu zahlende Durchschnittspreis pro Kilowattstunde (kWh) Strom um 67 %, angetrieben durch hohe Umweltafgaben zur Subventionierung von Investoren in erneuerbare Energien. Angeblich sind die Kosten für erneuerbare Energien jedoch stark gesunken.

In der Fragestunde des Premierministers Anfang des Jahres [behauptete](#) Rishi Sunak, die Kosten für Offshore-Wind seien von 140 Pfund pro Megawattstunde (MWh) auf 40 Pfund pro MWh gesunken – Zahlen, die von der Windlobby und dem Ausschuss für Klimawandel eifrig propagiert werden. Seine Behauptung ist schlichtweg falsch. Der Premierminister hat sich von den sinkenden MWh-Preisen täuschen lassen, die von den Windinvestoren in den aufeinanderfolgenden Zuteilungsrunden für die Offshore-Windförderung geboten wurden.

Die Erklärung dafür liegt nicht in sinkenden Kosten, sondern in einem fehlerhaften Ausschreibungsverfahren, das opportunistische Gebote von

Windinvestoren belohnt. Die Regierung hat wertvolle Optionen verschenkt, welche die Regierung verpflichten, die für die erfolgreichen Gebote gezahlten Preise einzuhalten, die Investoren aber zu nichts verpflichten. Da die Investoren für diese Optionen nichts bezahlen, können sie sie nur erhalten, indem sie den Preis senken, den sie für ihren Strom anbieten, aber nicht akzeptieren müssen – es sei denn, sie entscheiden sich, ihre Optionen viel später im Prozess auszuüben.

Sinkende Preise in aufeinanderfolgenden Zuteilungsrunden sind also ein Artefakt des Moral Hazard, der in den Zuteilungsmechanismus eingebaut ist; sie sagen nichts über die Entwicklung der Kosten der Offshore-Windenergie aus. Die Analyse der geprüften Finanzdaten von Windparkunternehmen, die von einer Handvoll unabhängiger Forscher durchgeführt wurde, entkräftet die Behauptung sinkender Windkosten umfassend. Die unvermeidliche Verlagerung in tiefere Gewässer hat jegliche Kostensenkungen und Betriebskosten pro MWh Strom für neue Offshore-Windprojekte zunichte gemacht; die Preise für die Verlagerung sind etwa doppelt so hoch wie in den Subventionsangeboten angenommen.

Einer der führenden Forscher ist [Gordon Hughes](#), ehemaliger Wirtschaftsprofessor an der Universität Edinburgh und Berater der Weltbank in Sachen Kraftwerksökonomie. Hughes' [Analyse](#) zeigt, dass im zwölften Betriebsjahr die steigenden Betriebskosten pro MWh für Tiefsee-Windturbinen die staatlich garantierten Preise übersteigen und damit die Kapazität zur Rückzahlung der Kapital- und Finanzierungskosten untergraben.

Die Schwankungen der Wind- und Solarenergie haben die Regierung dazu veranlasst, einen Kapazitätsmarkt zu schaffen, um für die Standby-Erzeugung zu bezahlen. Bei einer wirtschaftlichen Bewertung der erneuerbaren Energien sollten die Kosten für den Betrieb des Kapazitätsmarktes den Wind- und Solarkraftwerken zugerechnet werden, da deren Schwankungen und Unregelmäßigkeiten diesen Markt erforderlich machen. Strom, der über den Kapazitätsmarkt bezogen wird, ist nicht billig. Im Jahr 2020 erzielten die Wärmekraftwerke des deutschen Unternehmens [Uniper](#) einen Durchschnittspreis von 224 Pfund pro MWh, etwa das Vierfache des üblichen Großhandelspreises.

Die Bestätigung, dass die Offshore-Windenergie mit enormen, wahrscheinlich unüberwindbaren Kosten- und Betriebsschwierigkeiten zu kämpfen hat, kam im Juni, als Siemens Energy eine schockierende [Gewinnwarnung](#) herausgab und seine Aktien um 37 Prozent einbrachen, zum Teil wegen höher als erwarteter Turbinen-Ausfallraten. Hughes [zufolge](#) bedeutet dies, dass die Betriebskosten für Windkraftanlagen in Zukunft höher und die Leistung deutlich geringer sein werden, was die wirtschaftliche Lebensdauer der Turbinen verkürzt. Seine Schlussfolgerung ist niederschmetternd:

Die gesamte Rechtfertigung für die sinkenden Kosten der Winderzeugung beruhte auf der Annahme, dass viel größere Windturbinen mehr Leistung

bei geringeren Investitionskosten pro Megawatt erzeugen würden, ohne die hohen Kosten des Generationswechsels. Jetzt hat sich bestätigt, dass dieser Optimismus völlig ungerechtfertigt ist. Daraus folgt, dass die derzeitige Energiepolitik in UK, in Europa und in den Vereinigten Staaten auf Sand gebaut ist – ein naiver Optimismus, der durch enthusiastische Lobbyarbeit verstärkt wird, die nichts mit der technischen Realität zu tun hat.

Die britische Regierung hat sich dazu hinreißen lassen, massiv auf Offshore-Wind zu setzen, und zwingt die Stromverbraucher dazu, Milliarden von Pfund für eine Sackgassen-Technologie auszugeben.

Die Täuschung über die sinkenden Kosten der Windenergie vergiftet die offiziellen Einschätzungen der makroökonomischen Folgen von Net Zero. Das Office for Budget Responsibility **behauptet**, die Kosten für kohlenstoffarme Stromerzeugung seien so schnell gesunken, dass sie jetzt billiger seien als die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen. In ähnlicher Weise ging das Finanzministerium **fälschlicherweise** davon aus, dass die sinkenden Preise in den Zuteilungsrunden für Windkraftanlagen auf sinkende Windkosten hindeuten. Beide sehen in der Wirtschaft ein vielschichtiges Marktversagen, erkennen aber nicht die reale Gefahr, dass die Politik der Regierung von Interessengruppen vereinnahmt wird, wie es in der Tat der Fall war. In der logischen Konsequenz ist dies ein Argument für die Umstellung auf zentrale Planung sowie auf eine Kommando- und Kontrollwirtschaft.

Das Finanzministerium argumentiert, dass die zusätzlichen, durch erneuerbare Energien erforderlichen Investitionen „bei sonst gleichen Bedingungen“ zu einem zusätzlichen BIP-Wachstum führen werden. Andere Dinge sind natürlich nicht gleich. Wie die jüngste Geschichte zeigt, gibt es einen großen Unterschied zwischen Investoren und Politikern, die Entscheidungen über die Kapitalallokation treffen. Die zentral geplanten Volkswirtschaften des ehemaligen kommunistischen Blocks haben riesige Mengen an Kapital vergeudet und ihre Bevölkerungen verelenden lassen. Nur wenige glauben heute, dass Investitionen in diesen Volkswirtschaften das Wachstum angekurbelt haben.

Wir müssen keine Hypothesen aufstellen. Die **Daten** der Regierung widerlegen die Behauptung des Finanzministeriums und zeigen, dass der zunehmende Ausbau der erneuerbaren Energien die Produktivität des britischen Stromnetzes verringert. Im Jahr 2009 erzeugten 87,3 Gigawatt (GW) Stromerzeugungskapazität, die nur 5,1 Prozent Wind- und Sonnenenergie umfasste, 376,8 Terrawattstunden (TWh) Strom. Im Jahr 2020 werden 100,9 GW Erzeugungskapazität mit einem Anteil von 37,6 Prozent Wind- und Sonnenenergie 312,3 TWh Strom erzeugen. Dank der erneuerbaren Energien wurden mit 13,6 GW (15,6 Prozent) mehr Erzeugungskapazität 64,5 TWh (17,1 Prozent) weniger Strom produziert.

Diese Zahlen sind ein Armutzeugnis für die erneuerbaren Energien und zeigen, warum sie den Strom teurer und die Menschen ärmer machen. Vor

dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien erzeugte 1 MW Leistung im Jahr 2009 4.312 MWh Strom. Im Jahr 2020 erzeugte 1 MW Leistung 3.094 MWh, was einem Rückgang von 28,3 Prozent entspricht. Es ist ganz klar: Investitionen in erneuerbare Energien lassen das Produktionspotenzial der Wirtschaft schrumpfen. Dies wird durch die Netto-Null-Modellierung der Internationalen Energieagentur bestätigt. Ihr [Netto-Null-Pfad](#) sieht vor, dass der globale Energiesektor im Jahr 2030 fast 25 Millionen Menschen mehr beschäftigt, 16,5 Billionen Dollar mehr Kapital verbraucht und eine zusätzliche Landfläche von der Größe Kaliforniens und Texas für Wind- und Solarparks und von der Größe Mexikos und Frankreichs für Bioenergie beansprucht – und das alles, um 7 Prozent weniger Energie zu produzieren.

Großbritanniens energiepolitisches Desaster ist eine Lehre für Amerika. Die physikalischen und wirtschaftlichen Aspekte der Windenergie werden nicht auf magische Weise verändert, wenn sie den Atlantik überqueren. Wann immer ein Politiker oder ein Windlobbyist die Windenergie als kostengünstig anpreist oder sagt, dass Netto-Nullenergie das Wachstum ankurbeln wird, werden sie zu Komplizen des Windkraftbetrugs. Die Daten führen unweigerlich zu einer entscheidenden Schlussfolgerung: Netto-Null ist wachstumsfeindlich. Es ist eine Formel für anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Jeder, der die Wahrheit über erneuerbare Energien wissen will, sollte sich Großbritannien und den traurigen Zustand seiner Wirtschaft ansehen. In den letzten anderthalb Jahrzehnten hat das Land die schlechteste Wachstumsphase seit [1780](#) erlebt.

Anders als in der Wirtschaft und im Finanzwesen gibt es keine straf- oder zivilrechtlichen Sanktionen für diejenigen, die eine Politik fördern, die auf Betrug und Falschdarstellung beruht. Vielmehr ähnelt die Netto-Nullrunde dem Kommunismus. Auch der Kommunismus basierte auf einer Lüge: dass er den Kapitalismus überflügeln würde. Aber er war nicht erfolgreich, und der Glaube an den Kommunismus schwand. Als der Zusammenbruch kam, war er plötzlich und schnell. Die Wahrheit konnte nicht verborgen werden. Ein ähnliches Schicksal erwartet Net Zero.

Rupert Darwall is a senior fellow of the RealClear Foundation and author of [The Folly of Climate Leadership: Net Zero and Britain's Disastrous Energy Policies](#).

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/12/24/britains-net-zero-disaster-and-the-wind-power-scam/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE